

# Unabhängige kritisieren Vorgehen der Verwaltung zu Wohnbauoffensive

Mit Verwunderung wurde die Initiative der Stadt Wolfsburg mit dem Flyer zur Wohnbauoffensive im kürzlich veröffentlichten Wolfsburger Kurier aufgenommen. Sandra Straube, PUG-Fraktionsvorsitzende, ist erstaunt über das Vorgehen der Stadtverwaltung: „Die Hochglanzbroschüre suggeriert den Wolfsburgerinnen und Wolfsburgern, dass die von der Stadt für die kommenden Jahre angekündigten Bebauungsflächen bereits Konsens in der politischen Beratung erzielt haben. Tatsächlich befinden wir uns für jede einzelne Wohnbaupotenzialfläche noch im politischen Abstimmungsprozess und sollten den Fokus auf den Wohnungsbedarf, z.B. auch für Studenten und junge Auszubildende legen.“

Bereits von der PUG abgelehnt wurden Flächen an der Sauerbruchstraße und am Schillerteich. Gerade am Mühlengraben sehen die Unabhängigen die derzeitige Nutzung des Spielplatzes weiterhin im Vordergrund.

„Ebenfalls fragwürdig ist die Potentialfläche „Alte Baumschule“ im Hellwinkel, da auch hier ein Konzept vorgestellt worden ist, bei dem die Verkehrsführung, der ersatzlose Entfall eines viel frequentierten Spiel- und Bolzplatzes zur Gegenwehr in der Bevölkerung geführt hat“, erläutert Jens Toenskötter, Mitglied des Ortsrates Stadtmitte.

„Die Kritik an der erheblichen Verdichtung und dem damit einhergehenden Rückgang an Grünflächen wird von Oberbürgermeister Klaus Mohrs immer wieder mit dem Argument abgetan, dass die Stadt Wolfsburg im Vergleich zu anderen Kommunen über erhebliche Grünflächen verfüge. Dabei ist es richtig, dass die Politik schon vor einigen Jahren eine entsprechende Wohnraumoffensive von der Verwaltung gefordert hat. Jedoch sollte dies immer mit der gebotenen Umsicht erfolgen“, so Toenskötter.

„Um für Wolfsburg in Zukunft eine für alle Beteiligten verträgliche Wohnbauoffensive zu erreichen, würden wir uns wünschen, dass die Bedürfnisse der Anwohner mehr Berücksichtigung bei der Umsetzung der Bauvorhaben finden. Dort, wo beispielsweise eine Verdichtung nicht gewünscht oder die Entwicklung eines Verkehrskonzeptes vor der Realisierung des Bauvorhabens eingefordert wird, sollte die Kritik auch konstruktiver von der Verwaltung aufgenommen werden“, fordert Fraktionssprecherin Sandra Straube ein.